

RESOLUTION

Bern, 19. November 2021

SGB-DELEGIERTENVERSAMMLUNG

STOPP MIT DEN ANGRIFFEN AUF DEN SERVICE PUBLIC – DIE ZEICHEN DER ZEIT STEHEN AUF AUSBAU!

Ein gut ausgebauter und leistungsfähiger Service public ist die Grundlage dafür, dass Alltag, Gesellschaft und Wirtschaft in der Schweiz für alle funktionieren. Dies hat auch die Pandemie wieder eindrücklich gezeigt. Der flächendeckende und diskriminierungsfreie Zugang zur öffentlichen Grundversorgung muss genauso gewährleistet sein, wie deren nachhaltige Finanzierung und stetige Modernisierung. Hauptursache für die Stabilität des Service public ist, dass dieser trotz beständig wiederkehrender Abbauangriffe in den meisten Bereichen noch immer öffentlich erbracht oder zumindest reguliert wird. Dass dem so ist, hat auch wesentlich mit dem Widerstand der Gewerkschaften zu tun. Und dieser Widerstand ist nun ganz unmittelbar wieder gefragt. Denn wider der Lehren der vergangenen und aktuellen Krisen sieht sich der Service public mit neuerlichen Angriffen konfrontiert – auf allen Ebenen:

- Der Bundesrat will die PostFinance privatisieren und scheint dabei gewillt, zuzuschauen, wie damit das gesamte Geschäftsmodell der Post in sich zusammenfällt. Und mit ihm die postalische Grundversorgung. Die "Volksbank" PostFinance darf nicht zugunsten der Grossbanken verscherbelt werden, sondern muss vielmehr endlich von ihren überstrengen regulatorischen Fesseln (Kreditvergabeverbot) befreit werden.
- Bundesrat und Nationalrat wollen – ganz im Sinne der langjährigen Tagträume der Versicherungslobby – die Finanzierung der Gesundheitsversorgung weitgehend der Privatwirtschaft überlassen und damit den Steuerknüppel im Gesundheitswesen vollends in die Hände der Krankenkassen legen. Um nichts Anderes geht es beim harmlos klingenden Projekt "Einheitliche Finanzierung ambulant/stationär (EFAS)".
- Mit einem Griff in die deregulatorische Mottenkiste schlägt der Bundesrat erneut vor, den Strommarkt vollständig zu liberalisieren. Und dies, obwohl die gesicherte Grundversorgung für Kleinkunden gerade heute der beste Garant gegen sprunghaft steigende Energiepreise ist. Eine Vollmarktöffnung steht zudem im kompletten Widerspruch zum absolut vordringlichen Umbau unserer Energieversorgung in Richtung Klimaneutralität.
- Der öffentliche Verkehr fährt pandemiebedingt noch immer in Unterauslastung. Nun mehren sich die Stimmen, die "das Angebot der Nachfrage anpassen" beziehungsweise zusammenzuziehen wollen. Nichts wäre dümmer, denn vielmehr sind beim öV mittelfristig sowohl der Ausbaubedarf als auch das Umstiegspotenzial riesig: Wo immer ein Nadelöhr entsteht, muss investiert werden – ganz wie früher beim motorisierten Individualverkehr.

- Nachdem das Parlament mit dem Medienförderungspaket einen Minimalkompromiss für die Etablierung eines medialen Service public über die SRG hinaus verabschiedet hat, wurde dagegen von finanzkräftiger rechter Seite das Referendum ergriffen. Käme es durch, würden nicht nur die Blochers und Tettamantis der Medienbranche profitieren, sondern ebenso Google, Facebook & Co. Und die Regionalpresse würde weiter zugrunde gerichtet.

Für uns Gewerkschaften ist klar: Gegen all diese geplanten Abbauvorlagen werden wir uns weiter vehement zur Wehr setzen. Anstatt den Service public zu schwächen, gilt es vielmehr, nun endlich die Zeichen der Zeit zu erkennen und ihn auszubauen und zu modernisieren. Die Überwindung der aktuellen Krisen – Klimakrise, Betreuungskrise, Gesundheitskrise, Verteilungskrise – gelingt nur durch eine Stärkung des Service public. Und dazu stehen im Bereich Gesundheit und Betreuung auch unmittelbar zwei wegweisende Entscheidungen bevor:

- In einer guten Woche befindet die Stimmbevölkerung über die Pflegeinitiative, welche Arbeitsbedingungen und Versorgung in der Pflege wesentlich verbessern würde. Ein Ja zur Initiative hätte aber darüber hinaus Signalwirkung für eine Stärkung der solidarischen Grundversorgung sowie eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in allen versorgungsrelevanten Berufen. Dafür werden wir Gewerkschaften uns stark machen.
- Progressive Kräfte wollen demnächst die Lancierung einer Volksinitiative zur verfassungsmässigen Verankerung der Kinderbetreuung als Teil des Service public beschliessen. Der SGB unterstützt diese Initiative, wenn sie gewerkschaftliche Kriterien erfüllt. Schon seit Jahren fordern die Gewerkschaften die Finanzierung der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung durch die öffentliche Hand – genauso wie in der Bildung. Das muss nun endlich auch in der Schweiz Realität werden.